

Wählen und wählen lassen : wie die Frauen ihr Recht ergreifen

Autor(en): **Hirschi, Eva**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **48 (2021)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-1052211>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Teppichklopfer als schlagendes Motiv. Abstimmungsplakat zur Zürcher Frauenstimmrechtsvorlage von 1947.

Foto Keystone



Das Ja-Lager warb mit Argumenten: «Ein freies Volk braucht freie Frauen» (1946).

Plakatarchiv Museum für Gestaltung Zürich



Sie klagte beim Bundesgericht und unterlag. Ihre Argumentation, das Wahlrecht in der Verfassung umfasse auch die Frauen, bezeichneten die Richter als «ebenso neu wie kühn».

Persönlichen Preis bezahlt

Ab der Jahrhundertwende begannen sich immer mehr Frauen – und Männer – für das Frauenstimmrecht einzusetzen. Die Landesregierung behandelte das Anliegen schleppend, einzelne Kantone preschten für ihr Hoheitsgebiet vor. Und mit dem gesellschaftlichen Aufbruch Ende der Sechzigerjahre war es dann auch beim Bund soweit. Als letzter Kanton führte Appenzell Innerrhoden 1990 das Frauenstimmrecht ein, auf Diktat des Bundesgerichts.

«Es brauchte immer viel Willen, in allem», stellt Hanna Sahlfeld fest. Sie war 1975 mit einem Glanzresultat wiedergewählt worden, trat später aber zurück. Wegen ihres politischen Engagements konnte ihr Mann in der Ostschweiz keine Arbeit mehr finden. Die Familie verliess die Schweiz und fing in der Nähe von Köln neu an. Hanna Sahlfeld gehört zu den Vorkämpferinnen, die nachfolgenden Frauengenerationen den Weg ins Bundeshaus ebneten. Um sie zu würdigen, sind an ihren einstigen Pulten heute Plaketten angebracht. «Das Kämpfen hat sich gelohnt», bilanziert Sahlfeld, auch wenn sie und ihr Mann einen persönlichen Preis dafür zahlten. Punkto Gleichstellung sei heute vieles selbstverständlich, indes: «Wenn Frauen Erreichtes nicht festhalten, kann es rasch wieder verschwinden.»

Mehr zu 50 Jahre Frauenstimmrecht in der Schweiz: www.ch2021.ch

Wählen und wählen lassen: Wie die Frauen ihr Recht ergreifen

Seit fünfzig Jahren verfügen Frauen in der Schweiz über das aktive und passive Wahlrecht. Ihr Anteil in den politischen Gremien steigt. Für eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter braucht es aber noch manchen Effort.

EVA HIRSCHI

84 Frauen wurden bei den Nationalratswahlen 2019 gewählt. Das sind 20 mehr als 2015. Eine solche Steigerung hat es seit der Einführung des Frauenstimmrechts 1971 noch nie gegeben. Der Frauenanteil von 42 Prozent ist der Höchststand in der Geschichte des Nationalrats. Im Ständerat kam es zumindest zu einer Trendwende: Nach zwölf Jahren mit rückläufigem Frauenanteil kletterte dieser auf einen neuen Rekord - auf immerhin 26 Prozent. «Das ist ein starkes Zeichen und war dringend nötig. Es widerspiegelt den Zeitgeist und den Frauenstreik», sagt die grünliberale Nationalrätin Kathrin Bertschy. Die Bernerin ist Co-Präsidentin von alliance f, einem überparteilichen Dachverband von Frauenorganisationen, der sich unter anderem für eine ausgewogenere Geschlechterverteilung im Parlament einsetzt. Alliance f ist auch mitverantwortlich für die Kampagne «Helvetia ruft», die potenzielle Kandidatinnen systematisch fördern will.

«Wir haben die Parteien und die Listenverantwortlichen sensibilisiert, Frauen auf aussichtsreichen Listenplätzen zu platzieren, und wir haben Workshops und Mentoringprogramme für Kandidatinnen organisiert», erklärt Flavia Kleiner, Co-Initiantin von «Helvetia ruft». «Dabei geht es uns nicht um Fairness, sondern um ein korrektes Abbild der Schweizer Bevölkerung. Schliesslich machen Frauen die Hälfte unserer Bevölkerung aus», sagt Kleiner.

Aufholjagd mit 170 Jahren Rückstand

Doch warum hat es 50 Jahre lang gedauert, bis Frauen ihren Anteil im Parlament massgeblich erhöhen konnten? «Man muss sich das wie einen Stafettenlauf vorstellen», sagt Kleiner. «Die Männer sind mit einem Vorsprung von rund 170 Jahren gestartet. Es erstaunt also nicht, dass es Zeit braucht, um aufzuholen.» Die Strukturen seien von Männern für Männer gemacht worden, sagt Bertschy: «Mit der Einführung des Frauenwahlrechts wurde verpasst, eine Konkordanz der Geschlechter zu etablieren, wie diese für

die Kantone oder Sprachregionen im Nationalrat gilt. Der Bundesstaat beruht ja auf zahlreichen Quoten, ich bin quasi eine Quotenbernerin.»

Lange wurden allerdings nicht einfach wenig Frauen gewählt, es gab auch wenig Kandidatinnen. Gründe dafür sieht Flavia Kleiner in erster Linie in den strukturellen Hürden: «Die Vereinbarkeit von politischer Arbeit und Familie ist nicht einfach, häufig finden Sitzungen und Veranstaltungen am Abend oder am Wochenende statt. Ausserdem wird bis heute die Politikkultur von Männern geprägt, und da ist der Umgang manchmal ziemlich grob. Aber auch die mediale Öffentlichkeit geht mit Frauen härter um.»

Das macht ein politisches Amt für Frauen weniger attraktiv, weshalb es grössere Anstrengungen brauche, Frauen zu einer Kandidatur zu überzeugen, sagt die Politologin Sarah Bütikofer. Sie forscht zur politischen Partizipation von Frauen und sagt, die Parteien hätten die besten Möglichkeiten zu handeln: «In der Schweiz sind Parteien kantonal organisiert. Sie haben es in der Hand, Frauen zu fördern und auf gute Listenplätze zu setzen.»

Die Wahl in den National- oder Ständerat setzt in der Regel Erfahrungen auf kantonaler Ebene voraus. Kaum jemand schafft direkt den Sprung ins nationale Parlament. «Auf nationaler Ebene politisiert die Spitze einer Partei. Deshalb ist es entscheidend, bereits auf kantonaler und kommunaler Ebene Frauen zu fördern, damit für höhere Ämter qualifizierte Kandidatinnen bereitstehen», sagt Bütikofer.

Zu zurückhaltend? Zu wenig selbstsicher?

Doch gerade auf kantonaler Ebene ist man in der Schweiz von einer Geschlechtergleichheit immer noch weit entfernt. 2019 lag der Frauenanteil in den kantonalen Parlamenten und Regierungen zwischen 25 bis 29 Prozent. Zwar konnte Basel-Stadt Ende Oktober 2020 den Frauenanteil im Kantonsparlament auf 42 Prozent steigern. Doch gleichzeitig wurden im Kanton Aargau erneut nur Männer in den Regierungsrat gewählt. Im aargauischen Kantonsparlament sank der Frauenanteil sogar.

Martina Sigg, Präsidentin der FDP Frauen Aargau, findet das Ergebnis unbefriedigend: «In einigen Bezirken ist es gar nicht so einfach, Frauen zu finden. Sie sind viel zurückhaltender und trauen sich die Politik weniger zu, oft muss man sie aktiv suchen und überzeugen, sie melden sich selten freiwillig». Deshalb findet sie Kampagnen wie

«Helvetia ruft» wichtig. Dennoch: Als 2019 bei der Ersatzwahl in die Aargauer Kantonsregierung Jean-Pierre Gallati von der SVP und Yvonne Feri von der SP zur Wahl standen, entschied sich Sigg für den Mann. «Die SVP hatte Anspruch auf diesen Sitz und er war in meinen Augen besser geeignet für das Amt. Es ist immer auch eine Frage, was man repräsentieren will: die Parteien oder die Geschlechter? Für mich haben die Parteien Vorrang, auch wenn ich es natürlich sehr begrüsst hätte, wenn die SVP eine kompetente Kandidatin nominiert hätte.»

Politik ausserhalb der Parteien

Sich zur Wahl stellen ist das eine, wählen gehen das andere. Und die Schweizer Frauen sind eher zögerliche Wählerinnen geblieben: Die Schweizer Wahlstudie Selects etwa zeigt, dass bei den Eidgenössischen Wahlen 2019 nur 41 Prozent der wahlberechtigten Frauen ihre Stimme abgaben – allerdings auch nur 49 Prozent der Männer

Schreckt vielleicht die institutionenlastige Politik Frauen ab? Dass sie sich durchaus für politische Anliegen engagieren, hat nämlich etwa der Frauenstreik 2019 gezeigt, als Hunderttausende Frauen auf die Strasse gingen. «Ich war ebenfalls am Frauenstreik und engagiere mich nun seit zwei Jahren in der Eidgenössischen Kommission dini Mueter, der EKdM, die wir nach dem Frauenstreik gegründet haben und die sich für bessere Arbeitsbedingungen in der Kinderbetreuung einsetzt», sagt Lina Gafner.

Die 38-Jährige hat sich bewusst gegen einen Parteibeitritt entschieden. «Ich habe keine Lust auf Machtkampf, Personenkult, aufs Folgen einer Parteipolitik. Mir geht es um die Anliegen selbst.» Für diese setzt sich die EKdM durchaus auch auf politischer Ebene ein und lobbyiert. «Aber für ein politisches Amt aufstellen lassen, würde ich mich nicht. Die strukturellen Bedingungen sprechen mich nicht an, und die Vereinbarkeit mit Beruf und Familie wäre zu schwierig», sagt Gafner.

Nationalrätin Kathrin Bertschy begrüsst alternative Formen der politischen Partizipation. Sie sagt aber auch: «Es ist wichtig, dass Frauen auch im Parlament vertreten sind und nicht einfach den Männern den Platz überlassen. Denn hier können sie am meisten verändern und Gesetze sowie Rahmenbedingungen für Frauen verbessern.»



Flavia Kleiner sagt, Frauen brauchen Zeit: «Die Männer sind mit einem Vorsprung von rund 170 Jahren gestartet.»



Kathrin Bertschy zum steigenden Frauenanteil im Parlament: «Das ist ein starkes Zeichen und war dringend nötig.»



Sarah Bütikofer: «Die Parteien haben es in der Hand, Frauen zu fördern und auf gute Listenplätze zu setzen.»